

Die Infantilisierung der westlichen Gesellschaften
In China fehlt das Korrektiv der Bevölkerung
Sonntagszeitung vom 2. 2. 2020

Sie haben mit Recht den chinesischen, effizienten Leviathan erwähnt. Und natürlich das fehlende Korrektiv durch die Bevölkerung sowie die Unzulänglichkeit staatlichen Handelns in der Sowjetunion. In Gesprächen mit Leuten im privaten und geschäftlichen Umfeld gewinne ich manchmal den Eindruck, dass man sich auch in Europa einen allwissenden, allmächtigen und allsorgenden Leviathan wünscht. Die Infantilisierung der westlichen Gesellschaften schreitet meines Erachtens weiter voran. Aus Angst.

Rudolf Mühlemann,
Menziken AG

Der Imam muss nach Libyen zurückgeschickt werden
Abu Ramadan hetzt wieder gegen «Ungläubige»
Sonntagszeitung vom 2. 2. 2020

Der Islam-Experte Kurt Pelda hat hervorragend recherchiert zum Imam Abu Ramadan der Bieler Ar'Rahman-Moschee und dessen erschütternden, menschenverachtenden Predigten. Diesem unsäglichen Hetzer ist zwar sein Asylrecht entzogen worden. Er bezog seit seinem Aufenthalt in der Schweiz (seit 1998) als Asylbewerber an Sozialunterstützung und AHV bereits über 800 000 Franken vom Kanton Bern und der Stadt Biel. Das ist ein Schlag ins Gesicht aller an der Armutsgrenze arbeitenden und lebenden Schweizer Familien, die sich nicht einmal mehr den Zahnarzt leisten können. Bis anhin ist der betrügerische Imam nicht einmal in der Lage, in einer unserer Landessprachen zu predigen. Wenn dieser Hassprediger in der Schweiz islamistische Kreise zum Jihad aufruft und Ehebrecherinnen mit Steinigung zu töten verlangt, hat er kein Bleiberecht in der Schweiz. Seit 2019 läuft gegen ihn ein Strafverfahren wegen Verdacht auf Sozialhilfebetrug. Unser Rechtsstaat und unsere Strafjustiz müssen mit aller Konsequenz Härte zeigen. Imam Abu Ramadan hat sein Aufenthaltsrecht in der Schweiz verwirkt und muss nach Libyen zurückgeschickt werden.

Roger E. Schärer, Trin Mulin GR



Foto: Keystone

«Für die Zukunft der SVP wäre es wünschenswert, wenn sie ihren «Übervaterkomplex» möglichst schnell ablegen und den Weg für eine neue Ära freimachen würde»

Thomas. W. Siegrist, Unterentfelden AG

Gewisse Kreise werden nicht müde, Christoph Blocher anzufinden. Machen sich diese Kritiker auch Gedanken über Menschen wie Abu Ramadan? Die Steuerzahler beglückten ihn mit nahezu einer Million Sozialhilfe. Als Dank für das Gastland Schweiz möchte Abu Ramadan, dass Allah die Juden und Christen vernichtet, und ver-

höht unsere christlichen Werte. Mit dieser Gesinnung ist Abu Ramadan allerdings nicht allein.
Renata Rechsteiner, Allschwil BL

Wie können Finger nur so schnell sein?
«Die denken, Country-Fans hätten alle Kuhmist an den Sohlen»
Sonntagszeitung vom 2. 2. 2020

Abgesehen von seinem täglichen Zigarrenkonsum hat Albi Matter recht, wenn er sagt, dass man gute, will heissen nicht allzu kommerzielle Country-Music immer hören kann. Kürzlich war ich an einem Konzert der Krüger Brothers, drei Schweizer Musiker, die in den USA Stars sind, aber in der Schweiz eher als Geheimtipp gehandelt werden. Was der Banjospieler da zum Besten gab, war grandios. Wie können Finger nur so schnell sein? Da stellt man seine eigene Gitarre für eine Weile demütig in den Ständer zurück.
Hanspeter Schmutz, Basel

Gerade weil die einen rücksichtslos nach grenzenloser Freiheit streben, braucht es neue Gesetze, um die Freiheit der anderen zu schützen.
Marco Käser, St. Gallen

Kein Schwulenclub bekannt, der Heterosexuelle abweist
«Sexualität ist immer diskriminierend»
Sonntagszeitung vom 2. 2. 2020

Von einem Experten erwarte ich, dass er «sexuelle Orientierung», «sexuelle Neigung» und «sexuelle

Identität» unterscheiden kann. Herr Niggli setzt diese im Artikel jedoch gleich. In der Erweiterung zu Artikel 261bis geht es um die sexuelle Orientierung, also Hetero-, Bi- oder Homosexuell. Die anderen Aspekte, zum Beispiel eine Affinität zu Objekten, die unter «sexuelle Neigung» fällt, oder die Geschlechtsidentität, also das gelebte Geschlecht, das sich vom biologischen Geschlecht unterscheiden kann, sind nicht Teil der Erweiterung. Zudem ist mir kein Schwulenclub bekannt, der Heterosexuelle abweisen würde. Dass diese Lokale oftmals nur Frauen oder Männer einlassen, hat andere Gründe und wird von Artikel 261bis nicht tangiert. Sonst müsste man auch Frauenabende in Saunen infrage stellen.
Philipp Rüegg, Zürich

Jedenfalls ist der Vergleich von einem Historiker absurd
Singapur an der Themse
Sonntagszeitung vom 2. 2. 2020

Markus Somm schreibt in seiner pointierten Kolumne über das «Singapur an der Themse». Entweder weiss er nicht, wie der Stadtstaat Singapur funktioniert, oder er kennt London und Grossbritannien nicht. Jedenfalls ist der Vergleich von einem Historiker absurd. Es geht auch nicht um den Vergleich, sondern um das übliche EU-Bashing. Fakt ist: Grossbritannien ging es nie um die Werte und Kultur der EU. Das Land war am Wirtschaftsraum EU interessiert und hat davon profitiert. Wirtschaftlich lag Grossbritannien vor dem Beitritt 1973 am Boden. Schwerindustrie, Flugzeugindus-

trie, Autoindustrie. Nur dank dem Know-how aus der EU rappelte sich das Land wieder auf, und neue Arbeitsplätze wurden geschaffen. Die Situation in den Sechzigerjahren hat den Untergang des Britischen Empires auch im Inland dokumentiert. Tatsächlich ist das Land die älteste Demokratie der Welt, nur funktioniert sie nicht mehr. Die Briten haben zweimal über den Brexit abgestimmt und wissen praktisch nichts über die Folgen: Haben wir noch genügend Toilettenpapier, fragte ein Abgeordneter im Unterhaus die Regierung. Überhaupt ist nicht klar, wie sich die Preise von Produkten für den täglichen Gebrauch entwickeln werden. Boris Johnson bedient sich typischer Politiker-Sprache, macht grossartige Versprechungen, aber gibt keinen Hinweis darauf, wie diese umgesetzt werden sollen.
Victor Brunner, Erlenbach ZH

Der Swiss geschrieben und zum Boykott von Läderach gratuliert
Swiss tappt in die Schoggi-Falle
Sonntagszeitung vom 2. 2. 2020

Als Swiss-Flieger habe ich der Swiss geschrieben und gratuliert zu ihrem Boykott von Läderach. Wenn diese Familie in der heutigen Zeit noch so ein Gedankengut pflegt, hoffe ich, dass sie noch von einem breiteren Publikum abgestraft wird. Ich selbst gehöre keiner der im Visier stehenden Gruppen an. Leider falle ich als Privatperson auch nicht ins Gewicht, aber, obwohl Läderach-Schokolade zu meinen Favoriten gehörte, werde ich in Zukunft ebenfalls darauf verzichten.
Gian Puorger, Chonburi, Thailand

Bravo, Swiss. Die Meinung von Rico Bandle in seinem Kommentar «Swiss tappt in die Schoggi-Falle» gehört meines Erachtens ins letzte Jahrhundert, nämlich in eine Zeit, bevor Unternehmen angefangen hatten, mit mehr sozialer Verantwortung zu handeln. Deshalb gratuliere ich Swiss zu ihrem Entscheid, Verträge mit Unternehmen aufzulösen, deren Leitung diskriminierendes Verhalten zeigt und auch in die Öffentlichkeit trägt, wie eben die Herren Läderach.

Alina Kunz, Bern

Sollte ich erfahren, dass der Besitzer meiner Kleiderboutique, in der ich regelmässig einkaufe, als Grosswildjäger in Afrika Tiere schießt, dann können Sie, Herr Bandle, sicher sein, dass ich niemals mehr dort einkaufen würde. Die Familie Läderach hat jedes Recht, auf Abtreibungen zu verzichten, und sie dürfen gerne auch an Gott glauben. Wenn sie aber mit Geld Andersdenkende verunglimpfen und von ihrer Meinung überzeugen wollen, dann ist dies im hohen Masse intolerant. Und eine solche Firma darf ganz sicher links liegen gelassen werden.
Madeleine Geiser, Täuffelen BE

Ist das volkswirtschaftlich wirklich sinnvoll?
Brot für alle!
Sonntagszeitung vom 2. 2. 2020

Nichts gegen Genossenschaftsprojekte. Wenn wir aber auf allen Ebenen (Infrastruktur, Sozialpolitik, Integration und eben Wohnungsbau) die Voraussetzungen für noch mehr Zuwanderung schaffen, werden das auch unsere Mittel- und Unterschichten bei ihrer Lebensqualität und in ihrem Portemonnaie zu spüren bekommen. Die Reichen und die institutionellen Anleger haben an den bevorzugten Lagen Luxus- und Zweitwohnungen. Meist sind auch die Gewerbe- und Dienstleistungsflächenanteile zu hoch. Ist das wirklich volkswirtschaftlich sinnvoll? Sozialpolitisch schon gar nicht. Alle wollen in den Grossagglomerationen wohnen und arbeiten. Logisch, dass dann die Knappheit der Wohn- und Büroflächen von den Immobilienbesitzern ausgenutzt wird. Das ist die simple Logik des Marktes. Wenn wir jetzt einzelne Personengruppen bevorzugt und günstiger wohnen lassen, benachteiligen wir andere in der Warteschlange und verzerren den Markt. Kämpfen wir politisch für eine andere Zonenordnung in den Städten, damit günstiges Wohnen für alle Nachfrager gesetzlich vorgeschrieben und wieder möglich wird. Aber wundern wir uns dann nicht, wenn produktive Wirtschaftszweige aus diesen Städten verschwinden.
Alex Schneider, Küttigen AG

Die ewig gleichen Hetztiraden
Blochers grösster Fehler
Sonntagszeitung vom 2. 2. 2020

Andreas Kunz sieht die Verantwortung für die Krise um die Nachfolge von Albert Rösti bei Christoph Blocher persönlich. In der Tat hat erst der Rücktritt von Albert Rösti eine Art Orientierungslosigkeit ausgelöst. Offensichtlich herrscht unter den potenziellen Kandidaten um die Nachfolge Röstis so etwas wie eine allgemeine Verunsicherung, vielleicht sogar Angst vor dem Amt. Jeder von ihnen weiss, was Rösti in den letzten Jahren Grosses für die Partei geleistet hat. Jeder von ihnen weiss aber auch um den «Hammer» von oben, den Rösti und andere zu treffen drohte, wenn es einmal nicht so lief, wie

Impressum

www.sonntagszeitung.ch
Herausgeberin: Tamedia
Publikationen Deutschschweiz AG,
Zürich
Verleger: Pietro Supino

Redaktion
Chefredaktor: Arthur Rutishauser
Mitglied der Chefredaktion:
Armin Müller
Redaktionsleitung:
Andreas Kunz, Thomas Speich
Leitung der Tamedia Editorial Services: Viviane Joyce

Publishing Services:
Dominic Geisseler (Leitung)
Nachrichten/Fokus: Andreas Kunz,
Thomas Speich (Co-Leitung)
Textchef: Rico Bandle
Recherche-Desk
(Sonntagszeitung):
Le Matin Dimanche:
Thomas Knellwolf, Oliver Zihlmann
(Co-Leitung)

Bundeshaus: Denis von Burg
(Leitung)
Wirtschaft: Peter Burkhardt
(Leitung)
Gesellschaft: Bettina Weber
(Leitung)

Wissen: Nik Walter (Leitung)
Kultur: Guido Kalberer (Leitung)
Services: Giuseppe Wüest
(Leitung), Christoph Ammann
(Leitung Reisen), Dieter Liechti
(Auto)
Produktion: Raphael Diethelm
(Leitung)
Layout: Andrea Müller (Leitung
Layout TES),
Tobias Gaberthuel (Stv. Leitung,
AD Sonntagszeitung)

Infografik: Jürg Candrian
Fotoredaktion: Olaf Hille
(Leitung)
Korrektur: Rita Frommenwiler
(Leitung)
Sportredaktion: Ueli Kägi
(Sportchef)
Redaktion: 044 248 40 40

Verlag
Sonntagszeitung, Verlag,
Werdstr. 21, 8021 Zürich
verlag@sonntagszeitung.ch
Leitung Verlag: Marcel Tappeiner
Goldbach Publishing AG: Philipp
Mankowski (Chief Sales Officer),
Adriano Valeri (Head of Advertising)

Anzeigen: Goldbach Publishing AG
Werdstr. 21, 8021 Zürich
Telefon 044 248 40 11,
anzeigen@sonntagszeitung.ch
Abo-Service
Tamedia, Abo Service
Sonntagszeitung,
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 044 404 64 40,
abo-service@sonntagszeitung.ch
(Mo-Fr 8.00-12.00
und 13.15-17.00)
Abonnemente:
Einzelnummer Fr. 6.–
1 Jahr Fr. 224.– (52 Ausgaben)
Weitere Abo-Angebote auf
abo.sonntagszeitung.ch
Digital-Einzelnummer Fr. 2.–
Digital 1 Jahr Fr. 120.–
(52 Ausgaben)
Technische Herstellung
DZZ Druckzentrum, Zürich AG
Ombudsmann:
Ignaz Staub, Postfach 837,
CH-6330 Cham 1.

ombudsmann.tamedia@bluewin.ch
Neben den klassischen Formen von
Werbung erscheinen in den Medien
von Tamedia zwei Formen von
Inhaltswerbung:
Paid Post: Im Zentrum steht in der
Regel das Produkt oder die
Dienstleistung des Werbekunden.
Die Erscheinungsform hebt sich
vom Layout des Trägertitels ab.
Diese Werbemittel sind mit «Paid
Post» gekennzeichnet.
Sponsored: Der Inhalt orientiert
sich in der Regel an einem Thema,
das in einer Beziehung zum Produkt
oder zur Dienstleistung des
Werbekunden steht und
journalistisch aufbereitet wird.
Dieses so genannte Native
Advertising ist mit dem Layout des
Trägertitels identisch und wird mit
«Sponsored» gekennzeichnet.
Beide Werbeformen werden vom
Team Commercial Publishing
hergestellt. Die Mitarbeit von
Mitgliedern der Tamedia-Redaktion
nen ist ausgeschlossen. Weitere
Sonderwerbformen oder Formen
der Zusammenarbeit mit Kunden,
etwa im Bereich Reisen oder Auto,
werden gesondert ausgewiesen.
**Bekanntgabe von namhaften
Beteiligungen der Tamedia
Publikationen Deutschschweiz AG**
i.S.v. Art. 322 StGB: DZZ
Druckzentrum Zürich AG, Goldbach
Publishing AG, LZ Linth Zeitung AG,
Tamedia Abo Services AG,
Tamedia Basler Zeitung AG,
Tamedia ZRZ AG, Zürcher Oberland
Medien AG
Ein Angebot von Tamedia

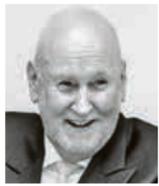
Schein-Schiedsgericht: EU spricht Klartext

Carl Baudenbacher ist überzeugt, dass im Falle eines Rahmenabkommens der Europäische Gerichtshof zu einer Art Verfassungsgericht für die Schweiz würde

Unmittelbar vor und nach dem am 31. Januar 2020 erfolgten Brexit hat der EU-Chefunterhändler Michel Barnier in aller Offenheit dargelegt, dass der Streitbeilegungsmechanismus, der für einen künftigen Handelsvertrag mit Grossbritannien vorgesehen ist, dem EuGH die alleinige Auslegungskompetenz einräumen würde. Der «Guardian» vom 3. Februar 2020 zitiert Herrn Barnier mit den Worten, der EuGH müsse seine Rolle, wie bisher, in vollem Umfang spielen können («to continue its role in full»). Das ist für die Schweiz deshalb von höchstem Interesse, weil derselbe Mechanismus im fertig ausgehandelten, aber nicht unterschriebenen Rahmenabkommen («InstA») verankert ist.

In beiden Fällen wird dem EuGH ein «Schiedsgericht» vorgeschaltet. Jede Seite, die EU einerseits und Grossbritannien bzw. die Schweiz andererseits, sollen das Recht haben, das «Schiedsgericht» einseitig, das heisst unabhängig vom Einverständnis der Gegenpar-

Carl Baudenbacher
Monckton Chambers, London,
Präsident des
Efta-Gerichtshofs a.D.



tei, anzurufen. Wenn es um die Auslegung von EU-Recht oder von mit dem EU-Recht inhaltsgleichem Abkommensrecht geht, also in fast allen denkbaren Fällen, soll das «Schiedsgericht» jedoch verpflichtet sein, den EuGH um eine verbindliche Entscheidung zu ersuchen. Mit dieser Regelung würde die EU-Kommission zur faktischen Überwachungsbehörde der Schweiz und Grossbritanniens und der EuGH zum faktischen Gericht. Deswegen erwähnt der EU-Chefunterhändler das «Schiedsgericht» nicht einmal.

Herr Barnier hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Grossbritannien diese Regelung politisch bereits akzeptiert hat. Sie steht nämlich in der «Politischen Deklaration», welche die Basis für das zukünftige Verhältnis Grossbritanniens zur EU bilden soll. Diese Erklärung ist allerdings nicht verbindlich.

Der Bundesrat, der wegen der bevorstehenden Volksabstimmung über die Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit

mit der EU derzeit zum InstA schweigt, hat im vergangenen Jahr die Behauptung aufgestellt, das «Schiedsgericht» werde erhebliche Kompetenzen haben. Der EuGH sei lediglich einzuschalten, wenn die Beantwortung einer EU- oder abkommensrechtlichen Frage «für die Streitbeilegung relevant und notwendig» sei. Diese Aussage war schon immer unglaubwürdig. Abgesehen von der im InstA statuierten klaren Rechtspflicht wäre ein Ad-hoc-Schiedsgericht strukturell schwach und könnte einen gut begründeten Antrag der EU auf Befassung des EuGH nicht ablehnen. Der britische Autor Martin Howe hat das «Schiedsgericht» ebenso unverblümt wie zutreffend als «Briefkasten für die Übermittlung des Rechtsstreits an den EuGH» und als «Stempel, wenn die Antwort zurückkommt» bezeichnet. Der Osloer Professor Mads Andenæs spricht vom «EWR des armen Mannes». Die Ausführungen Barniers haben diese Kritiker bestätigt.

Ob sich die Atommacht Grossbritannien, «Politische Deklaration» hin oder her, auf eine solche Unterwerfung unter das Überwachungsorgan und das Gericht der Gegenseite einlassen wird, ist mehr als fraglich. Aber darum geht es vorliegend nicht. Aus schweizerischer Sicht ist entscheidend, dass der Vorstoss der EU-Kommission den Beteuerungen des Bundesrates, das «Schiedsgerichtsmodell» von Herrn Cassis stelle gegenüber dem «reinen EuGH-Modell» von Herrn Burkhalter einen Fortschritt dar, endgültig den Boden entzogen hat. Es bleibt dabei, dass Bundesrat Cassis den Reset-Knopf in der Europapolitik nicht gefunden hat. Der EuGH würde, wenn das Rahmenabkommen zustande käme, zu einer Art Verfassungsgericht der Schweiz. Daran wird man sich zu erinnern haben, wenn Bern nach einer Ablehnung der Kündigungsinitiative mit ein paar kosmetischen Änderungen am Text des InstA aufwarten und erklären sollte, der Vertrag sei nun unterschrieben.

es sich der SVP-Tribun vorstellte. Diese Mischung aus Angst vor Blochers Schelte und gleichzeitiger Anbetung Blochers als «Gottheit» sehe ich als grösstes Problem der SVP. Ein Parteipräsident, der im Schatten steht, hat weder die Freiheit noch die Macht, eine Partei wie die SVP erfolgreich zu führen, geschweige denn Volksabstimmungen zu gewinnen. Der künftige Präsident braucht die Freiheit, seinen eigenen Weg zu gehen, unabhängig von Blochers persönlichen Ideologien. Der Wähler reagiert äusserst sensibel auf Orientierungs- und führungslose Parteien. Ein Wähler, der nicht mehr weiss, für was und für wen er wählt, zieht ab und wählt eine andere Partei. Für die Zukunft der SVP wäre es wünschenswert, wenn sie ihren «Übervaterkomplex» möglichst schnell ablegen und den Weg für eine neue Ära freimachen würde.

Thomas W. Siegrist,
Unterentfelden AG

Ich bin mit Andreas Kunz völlig einverstanden über die Gründe der Krise der SVP. Die ewig gleichen Hetztiraden gegen die Einwanderung und das Verleugern der Klimakatastrophe mögen besorgte Stimmbürger schon lange nicht mehr hören. Ich nehme nicht an, dass Christoph Blocher sein Verhalten ändert, und freue mich auf die positiven Auswirkungen der letzten Wahlen. Ich bin überzeugt davon, dass sich dieser Trend noch lange fortsetzt.

Hans-Ulrich Wanzenried, Zürich

Eine kritische Alterslimite unterschritten
Auch im Schulzimmer wirkt sich der Geburtsmonat aus
SonntagsZeitung vom 2. 2. 2020

Die individuellen Entwicklungsunterschiede gleichaltriger Kinder

sind riesig und deshalb für das einzelne Kind bedeutender als das Einschulungsalter. Diese Tatsache darf aber nicht missbräuchlich dazu verwendet werden, um die klar nachgewiesenen Alterseffekte zu ignorieren. Mit der Vorverschiebung des Einschulungstichtages um drei Monate wurde für viele Kinder eine kritische Alterslimite unterschritten. Als Folge davon haben wir im Kindergarten eine steigende Anzahl Vierjähriger, die von der Grossgruppe überfordert sind, und selbst unsere erfahrensten Kindergärtnerinnen sind seither in den ersten Schulwochen auf personelle Unterstützung angewiesen. Wird den betroffenen Kindern vor oder im Kindergarten ein zusätzliches Entwicklungsjahr zugestanden, starten sie in eine überfordernde Primarschulzeit und haben ein hohes Risiko, zu Bildungsverlierern zu werden.

Sandra Beriger,
Entwicklungspsychologin und
Schulische Heilpädagogin, Zürich

Es ist entwürdigend und erniedrigend
Wenig Vertrauen in Topmanager
SonntagsZeitung vom 2. 2. 2020

Ich will keinen erwähnten Topmanager schützen, ich kenne nicht einen von diesen Führungskräften, die in der aufgezeigten Rangliste bewertet wurden. Von aussen gesehen sollten auch keine Noten abgegeben werden dürfen. Wir beurteilen Leute, die durch die Medien in die Schlagzeilen gekommen sind, ohne Genaueres darüber zu wissen – so im vorliegenden Fall Tidjane Thiam und Urs Rohner. Leute, die einem Konzern vorstehen, sollte man nicht wegen eines vermeintlichen Fehlers über Monate hinweg richten, selbst dann nicht, wenn ein Fehler feststeht. Es ist entwürdigend und erniedrigend für diejenigen, ihre Na-

men immer beschmutzt sehen zu müssen. Wer sind diese Fertigmacher? Ich befürchte, es sind viele Neider, darunter solche, die selber nicht die Besten und Mutigsten sind. Chef eines grossen Konzerns wird man nicht mit links, es gehört viel Entscheidungskraft, Durchsetzungsvermögen und Intelligenz dazu, fehlerlos aber ist niemand.

Beatrice Landert, Zollikerberg ZH

Zunehmende Besserwisserie, Ignoranz und Heuchelei
Warum Plastik gar nicht so böse ist
SonntagsZeitung vom 2. 2. 2020

Der Beitrag über Plastikverpackungen verdient ein grosses Dankeschön. Entgegen der weitverbrei-

Schreiben Sie uns

Leserbriefe werden nur mit vollständiger Absenderadresse (auch via E-Mail) akzeptiert. Bitte an folgende Adressen: SonntagsZeitung, Lesersseite, Postfach, 8021 Zürich (Fax 044 248 47 48) oder lesersseite@sonntagszeitung.ch. Aus Platzgründen erlauben wir uns, eingehende Leserbriefe online zu veröffentlichen. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Korrespondenz darüber wird keine geführt. Redaktionsschluss ist jeweils am Mittwoch, 12 Uhr. Leserbriefe müssen sich auf Artikel beziehen. Folgen Sie uns:



facebook.com/sonntagszeitung
instagram.com/sonntagszeitung.ch
twitter.com/sonntagszeitung

teten Verteufelung wird hier doch auch mal der grosse Nutzen dieser Verpackungsart aufgezeigt. Wirklich Sorgen machen muss man sich meines Erachtens eher über die zunehmende Besserwisserie, Ignoranz und Heuchelei vieler Mitmenschen in diesem Land. Sind es doch häufig dieselben «dauerempörten» Bürger, die sich über Plastik aufregen und den Händlern und Produzenten Vorwürfe machen, sich aber ebenso empört zeigen, wenn Lebensmittel nach einer gewissen Zeit nicht mehr gleich ausschauen oder schmecken. Oder man fordert von den Politikern und Konzernen Massnahmen gegen den Klimawandel, selber ist man aber nicht bereit, auf seine jährlichen Reisen mit dem Flugzeug zu verzichten.

Reto Setz, Seengen AG

Der schlechte Ruf von Plastik kommt auch wegen der riesigen schwimmenden Plastikmüll-Deponien in den Meeren. Dazu ein Zitat aus Wikipedia unter dem Titel «Plastikmüll in den Ozeanen»: «Im Jahr 2017 werden etwa 90 Prozent des gesamten Kunststoffes, der die Weltmeere erreicht, durch nur 10 Flüsse gespült (acht in Asien, zwei in Afrika): den Jangtse, den

Korrigendum

«Unsicherheit in den Reisebüros»,
SonntagsZeitung vom 2. 2. 2020

In der SonntagsZeitung vom 2. Februar wurde in einem Artikel über die Folgen des Coronavirus fälschlicherweise geschrieben, dass Hotelplan Suisse wegen des Virus Annullationen für Südostasien-Reisen verzeichnet habe. Korrekt jedoch ist, dass nicht gesagt werden kann, ob die Annullationen wegen des Coronavirus oder aus anderen Gründen getätigt wurden.

Indus, den Gelben Fluss, den Hai-Fluss, den Nil, den Ganges, den Perfluss, den Amur, den Niger und den Mekong.» Der notwendige Beitrag Europas muss sein (Zitat von Nabu): «dass Plastikabfälle von niedriger Qualität, also beispielsweise Plastikmüllgemische, über das Basler Übereinkommen reguliert werden und nicht mehr in Länder mit geringeren Entsorgungs- und Recyclingstandards exportiert werden dürfen. Derartige Abfälle sind besonders schwierig zu recyceln und werden somit in den Zielländern zu einem grossen Anteil verbrannt oder deponiert» – und werden dann zum Teil aus schlecht gewarteten Deponien in Flüsse verfrachtet.

Gernot Gwehenberger,
Dornach SO

Hinterhältiger geht es nicht, ein absolutes No-go
Migros-Schoggi aus Deutschland
SonntagsZeitung vom 2. 2. 2020

Kann man uns Schweizern mehr wehtun, als dies die Migros mit ihrem Schoggi-Import tut? Migros, eine nationale Institution, die völlig von ihrem Weg, ihren Grundwerten und Gedanken abkommt. Hinterhältiger geht es nicht, ein absolutes No-go. Hansjürg Löffel, Rapperswil-Jona SG

Die Migros verkauft seit neuestem Schoggi aus Deutschland unter dem M-Classic-Label, welches die Konsumenten traditionellerweise mit Swissness verbinden. Im Kleingedruckten wird dann auf Französisch aufgeklärt: «Elaboré en Allemagne». Dass die SonntagsZeitung darüber berichtet, ist zu begrüßen, aber wer im Glashaus sitzt, sollte vielleicht besser keine Steine werfen. Auch viele Zeitungen, darunter die SonntagsZeitung, operieren mit ähnlichen Mitteln,

wenn sie Werbeinhalte zulassen, die wie normale journalistische Beiträge aufgemacht sind. Die «Aufklärung» folgt auch hier im Kleingedruckten, diesmal auf Englisch: «sponsored content».

Reinhard Wolf, Küssnacht ZH

Es ist wirklich Zeit, dass die Leute die Wahrheit erfahren
Diese merkwürdige Arroganz vieler Eltern
SonntagsZeitung vom 2. 2. 2020

Wieder ein prima geschriebener Artikel von Frau Weber. Es ist wirklich Zeit, dass die Leute die Wahrheit erfahren, angelogen wird man von der Politik viel zu viel, das war schon immer so. Die sogenannten «Familienparteien» brauchen eben mehr Schöffli. Die Erwähnung der Seco-Studie von 2009 ist besonders brisant, schon über 10 Jahre weiss man die Wahrheit, auch die Politiker.

Rosemarie Imholz, Neunkirch SH

Denkt bitte an die Tiere und verzichtet auf ihre Produkte
Sonntags geöffnet
SonntagsZeitung vom 2. 2. 2020

Es wäre so wichtig, dass die Medien den Trend zu weniger Tierleid, Klimaerwärmung und Krankheit mitmachen würden und nicht den Sonntagsbraten aufleben lassen anstelle von Brunches, die zumindest teilweise auch problemlos vegan sein könnten. Wir müssen endlich einsehen, dass Tierprodukte essen ethisch ein No-go ist, den Klimawandel fördert und unserer Gesundheit schadet. Warum bloss lässt sich eine riesige Mehrheit von der unfairen Gegenpropaganda der Tierprodukteindustrie vereinnahmen? Denkt bitte an die Tiere und verzichtet auf ihre Produkte.

Renato Werndli, Eichberg SG